

G20/GESAMTROUNDUP: Billionen-Dollar-Paket der G20 historisch - Obama Der Dollar ist nur eine Illusion

02.04.2009 - 22:07

LONDON/STRASSBURG (dpa-AFX) - Die führenden Industriestaaten der Erde (G20) machen Hoffnung auf eine echte Wende in der dramatischen Wirtschaftskrise. Mit einem beispiellosen Kraftakt von 1,1 Billionen US-Dollar - fast 820 Milliarden Euro - stellen sie eine weitere Weiche, um die Weltwirtschaft auf den Pfad der Genesung zu bringen. Die Staats- und Regierungschefs einigten sich am Donnerstag in London auch darauf, die internationale Finanzwirtschaft - nach Jahren exzessiver Gewinne - an die Kandare zu nehmen. Die Zockerei der Branche ist eigentliche Ursache für die Rezession, die die Staaten schon Milliarden gekostet und Millionen Menschen um Job, Haus und ein sicheres Auskommen gebracht hat. Die Börsen feierten die Beschlüsse mit einem Kursfeuerwerk.

Dem Beschluss des Pakets gingen auf dem zweitägigen Gipfel harte Verhandlungen voraus. In der Nacht zum Donnerstag brachen die Unterhändler die Gespräche ab, da sich schlicht nichts mehr bewegte, wie Diplomaten berichteten. Die Chefs selbst mussten dann Hand an die Texte legen. Sie stritten quasi bis zur letzten Minute und waren schließlich einig, Steueroasen konsequent zu bekämpfen, die Spielregeln auf den Märkten und die Aufsicht zu verschärfen sowie die üppigen Managergehälter zu stützen.

Bundeskanzlerin Angela Merkel zeigte sich äußerst zufrieden mit dem Ergebnis. Es sei ein "sehr sehr guter, ja ich glaube historischer Kompromiss" erreicht worden, sagte sie zum Abschluss der zweitägigen Beratungen. Schon im Herbst wollen sich die Staats- und Regierungschefs möglicherweise in New York treffen, um zu überprüfen, ob die Beschlüsse in die Tat umgesetzt werden.

Auch US-Präsident Barack Obama nannte die Ergebnisse "historisch", "sehr produktiv" und sieht einen "Wendepunkt im Streben nach wirtschaftlicher Erholung". Das "umfangreiche und abgestimmte" Maßnahmenpaket werde helfen, die Konjunktur wieder anzukurbeln, die ärmsten Ländern zu unterstützen und künftig Wirtschafts- und Finanzkrisen zu vermeiden.

"Die Maßnahmen waren notwendig, ob sie ausreichend sind, wird sich zeigen", sagte er. "Wir haben es gut gemacht." Obama und Merkel werden an diesem Freitag in Baden-Baden vor dem NATO-Gipfel zu einem persönlichen Treffen zusammenkommen.

Frankreichs Staatschef Nicolas Sarkozy lobte Obama als sehr offen und kompromissbereit. Vom Ergebnis zeigte sich Sarkozy geradezu begeistert. "Wir haben eine neue Seite aufgeschlagen", sagte er. "Wir hätten nie gedacht, ein solch großes Übereinkommen zu erzielen."

Auch der Gastgeber, der britische Premier Gordon Brown, sparte nicht an Lob. "Heute ist der Tag, an dem die Welt zusammenkam, um gegen die globale Rezession zurückzuschlagen, nicht mit Worten sondern mit einem Plan für eine weltweite Erholung und Reform", sagte er. Die argentinische Präsidentin Cristina Fernandez de Kirchner nannte das Ergebnis auch einen Sieg für Lateinamerika.

Nach Browns Worten müssen sich beispielsweise Hedgefonds, die mit Risikokapital Geschäfte machen, künftig einer Aufsicht unterstellen. "Wir werden die Bankenlandschaft aufräumen und das

Kreditgeschäft wieder ankurbeln", sagte Brown. Zudem werde es neue Regeln für Bonus-Zahlungen geben. "Es gibt künftig keine Belohnung mehr für Versagen", sagte Brown.

Die G20 sagt auch der Steuerhinterziehung den Kampf an. Steuerparadiese, die nicht mit Behörden anderer Länder zusammenarbeiten, sollen auf eine schwarze Liste. Diesen Steueroasen drohten zudem Sanktionen, sagte Brown.

Die neuen Finanzhilfen fließen zumeist über den Internationalen Währungsfonds (IWF) in Washington. Mittelfristig sollen dessen flüssige Mittel in zwei Tranchen um zusammen 500 Milliarden Dollar aufgestockt werden. Dazu soll auch noch das Grundkapital, die sogenannten Sonderziehungsrechte, des IWF um zusätzliche 250 Milliarden Dollar aufgestockt werden. Die Weltbank bekommt nach den Angaben 100 Milliarden Dollar, um armen Ländern zu helfen. Sie sind von der schwersten Wirtschaftskrise nach dem Zweiten Weltkrieg besonders betroffen.

Die Staats- und Regierungschefs verständigten sich zudem darauf, mit 250 Milliarden Dollar den vielfach kollabierten Welthandel wieder anzukurbeln. Das Geld soll als Versicherungen und Bürgschaften für Exportgeschäfte genutzt werden. Marktabschottungen soll es künftig nicht mehr geben. Frisches Geld für neue Konjunkturprogramme wird aber zunächst nicht in die Wirtschaft gepumpt.

Während in London die G20-Politiker bis zuletzt um Formulierungen gefeilscht hatten, bereiteten sich die Sicherheitskräfte in Straßburg sowie Baden-Baden und Kehl auf den zweitägigen NATO-Gipfel vor, der an diesem Freitag beginnt. Viele der führenden Politiker werden sich dort wiedersehen.

Sie erwartet Streit um Strategien und Personen und eine Front von Demonstranten. Der Jubiläumsgipfel der Allianz ist in Straßburg, Kehl und Baden-Baden organisiert. Der im Juli scheidende NATO-Generalsekretär Jaap de Hoop Scheffer forderte das Bündnis zu einer schnellen Modernisierung auf. Eine Rolle der NATO als "Weltpolizei" lehnte er ab.

Auch vor dem Gipfel kündigten NATO-Gegner Blockaden und Proteste an. Die Polizei in London hatte am zweiten Gipfeltag weniger zu tun. Zwar protestierten erneut G20-Gegner, allerdings kamen wesentlich weniger Demonstranten zusammen. Rund 700 Demonstranten versammelten sich vor dem Gipfel-Tagungszentrum. Aus Angst vor erneuter Randalen waren 4.700 Polizisten im Einsatz. Mindestens 111 Menschen wurden festgenommen./rom/DP/ck

--- Von Martin Romanczyk, dpa ---

Quelle: dpa-AFX

G-20-GIPFEL

Der Goldene Schuss

Von [Gabor Steingart](#)

Die G-20-Staaten bekämpfen die Krise, indem sie die nächste vorbereiten: Mit neuen Billionen auf Pump soll die Weltwirtschaft angekurbelt werden. Das offizielle Gipfelmotto lautete Stabilität/Wachstum/Arbeitsplätze - das wahre müsste heißen:

Verschuldung/Arbeitslosigkeit/Inflation.

Nun feiern sie sich wieder. Die Steigerung von "zufrieden" heißt "historisch", zumindest in der Gipfel-Grammatik der deutschen Kanzlerin. Ein historischer Kompromiss sei erzielt, sagte sie zum Abschluss des G-20-Gipfels von London. Ein Wendepunkt sei erreicht, ergänzte US-Präsident Barack Obama. Hinter beiden leuchtete das Gipfelmotto: Stabilität, Wachstum, Arbeitsplätze

Wenn der Weihrauch sich verzogen hat, wird der Blick frei werden auf das, was in London tatsächlich geschah. Die Gipfelteilnehmer sind den einfachen Weg gegangen. Ihr Beschluss, in absehbarer Zeit fünf Billionen Dollar in die kollabierende Weltwirtschaft zu pumpen, könnte sich in der Tat als historischer Wendepunkt erweisen, aber als Wendepunkt nach unten. Die Staatengemeinschaft bekämpft die Krise, indem sie die nächstgrößere vorbereitet.

Es wäre wohl ehrlicher gewesen, die Gipfelteilnehmer hätten an die Wand geschrieben: "Verschuldung, Arbeitslosigkeit, Inflation".

Die entscheidende Frage wurde nicht beantwortet, weil sie gar nicht erst gestellt wurde: Warum stehen wir da, wo wir stehen? Wer oder was hat uns dorthin geführt?

MEHR ÜBER...

[G20 Gordon Brown Steueroasen](#) [Angela Merkel Internationaler Währungsfonds](#) [Nicolas Sarkozy Barack Obama Notenbank](#) [Inflation](#)
[zu SPIEGEL WISSEN](#)

Die Suche nach einer Antwort hätte ergeben, dass dem Marktversagen ein Staatsversagen vorausging. Wall Street und die Banken, also die Gierigen der Finanzindustrie, spielten eine wichtige, aber nicht *die* entscheidende Rolle. Die Bankmanager waren die Dealer, die das heiße Spekulationsgeld unters Volk brachten. Der Mohnbauer aber sitzt im Weißen Haus.

US-Präsident George W. Bush ließ die Anbaufläche in seiner Amtszeit enorm erweitern. Auf seinem Acker wuchsen die billigen Dollar, die schließlich die ganze Welt überschwemmten, die Bankbilanzen aufbliesen, Scheinwachstum erzeugten und sich kurz darauf zu einer Spekulationsblase auf dem Immobilienmarkt der USA blähten. Die fehlende Transparenz der Finanzmärkte sorgte dafür, dass die giftige Frucht ihren Weg in alle Länder fand.

WELTFINANZGIPFEL IN LONDON: POLITIK UND PROTESTE

Es gibt auch in der modernen Welt zwei Dinge, die kann kein Privatunternehmen aus eigener Kraft tun: Krieg führen und Geld drucken. Beides aber war die Antwort von George W. Bush auf die Terroranschläge vom 11. September 2001. Über seinen ersten Fehler, den Einmarsch in Bagdad, ist

viel berichtet worden. Sein zweiter Fehler aber, die Weltwirtschaft mit Unsummen von billigem Geld zu überschwemmen, wurde bisher kaum gewürdigt.

BUCHTIPP Gabor Steingart:
Die Machtfrage. Ansichten eines Nichtwählers.

Piper Verlag; 224 S.; 14,95 Euro.

[Einfach und bequem direkt im SPIEGEL- Shop bestellen](#)



So hemmungslos wie Bush hat noch kein Präsident zuvor die Notenpresse angeschmissen und die Geldmenge ausgeweitet. Dieses neue Geld, und darin liegt seine tödliche Wirkung, ist nicht durch den Gegenwert von Waren oder Dienstleistungen gedeckt. Der Körper der Weltwirtschaft straffte sich zwar zunächst wie gewünscht. Der Konsum in den USA trieb auf Jahre die Weltwirtschaft an. Aber die derart erzeugten Wachstumsraten waren unwirklich. Die USA begannen zu halluzinieren.

Die Sucht nach immer neuen Geldinfusionen wurde chronisch. Die USA hatten sich auf ein gefährliches Lotterleben eingelassen. Sie verkauften immer neue Staatsanleihen, um den Schein einer prosperierenden Nation zu wahren. Die Privathaushalte eiferten dem Staat zu allem Überfluss nach. Der Durchschnittsamerikaner lebt mittlerweile wie eine afrikanische Großfamilie - von der Hand in den Mund. 15 Kreditkarten nennt er sein eigen. Die Sparquote betrug noch vor kurzem annähernd null. Am Ende der Ära Bush flossen 75 Prozent der weltweiten Ersparnisse in die USA.

Der Präsident und sein Notenbankchef Alan Greenspan wussten sehr wohl um die Problematik, vielleicht sogar um die Unverantwortlichkeit ihres Tuns. Sie taten zumindest alles, es vor der Welt zu verheimlichen. Seit 2006 wird die sogenannte Geldmenge M3, also jene Zahl, die angibt, wie viele Dollars im Umlauf sind, in den USA nicht mehr veröffentlicht. Was im Europa der Stabilitätskultur die entscheidende Kennziffer für die Europäische Zentralbank ist, gilt seither in den USA als geheime Kommandosache.

Wachstum der US-Geldmenge*

in

Jahr** Milliarden Dollar

1998 6088

1999 6597

2000 7174

2001 8106

2002 8634

2003 8928

2004 9482

2005 10.201

2006 11.300

2007 13.100

2008 14.600

*: Geldmenge [M3 \(mehr auf SPIEGEL WISSEN...\)](#), immer zum Stichtag 31.12. **bis 2005 offizielle Daten der US-Notenbank, danach Schätzungen

Nur noch aufgrund unabhängiger Schätzungen (siehe Tabelle) hat die Außenwelt ein Gefühl für die innere Aushöhlung der einst stärksten Währung der Welt. Diese Schätzungen melden einen steilen Anstieg der im Umlauf befindlichen Geldmenge. Seit dem Beschluss zur Geheimhaltung hat sich die Wachstumsrate für die Ausweitung der Geldmenge verdreifacht. Allein im vergangenen Jahr stieg die Geldmenge demnach um bis zu 17 Prozent. Zum Vergleich: Der Geldumlauf in Europa erhöhte sich im gleichen Zeitraum um nur sechs Prozent.

Der Regierungswechsel in Washington brachte nicht die Rückkehr zu Selbstbeherrschung und Solidität, sondern die weitere Enthemmung. Barack Obama setzte den Weg in den Schuldenstaat mit erhöhtem Tempo fort. Ein Drittel seines Staatshaushaltes ist durch Einnahmen nicht mehr gedeckt. Das einzige, was in den USA derzeit heiß läuft, ist die Notenpresse.



Foto: AP

In London wurde über alles geredet, darüber nicht. So fiel nicht weiter auf, dass die Krise mit jenen Mitteln bekämpft wird, die sie verursacht hat. Die Anbaufläche für billige Dollars wird nun abermals erweitert. Nur dass diesmal der Staat auch noch als Dealer auftritt, um selbst für die Verteilung der Billionen zu sorgen. Der Internationale Weltwährungsfonds wurde ermächtigt, seine Hilfgelder zu verdoppeln und später zu verdreifachen, auf Pump. Die Weltbank bekommt ebenfalls weitere Kreditermächtigungen. Alle Staaten wollen ihrer Wirtschaft mit Bürgschaften helfen, die im Falle der Beanspruchung die Staatsverschuldung in die Höhe treiben werden. Die USA bereiten ein neues kreditfinanziertes Konjunkturpaket vor. Andere werden wohl folgen.

Wir leben in wahrhaft historischen Zeiten, da hat die Bundeskanzlerin recht. Womöglich setzt sich der Westen gerade den goldenen Schuss.

Die Weltfinanzordnung vor einem Neuanfang

Klare Ansage beim G20-Gipfel von London: Dem Weltfinanzsystem werden Zügel angelegt. Die Zeiten exorbitanter Gewinne sind vorbei. Und den Steueroasen geht es an den Kragen.

Nach einem langen, harten Winter ist in London der Frühling ausgebrochen. Gleichsam als Symbol für den Weltfinanzgipfel, mit dem die Staats- und Regierungschefs der G20-Länder den Ausweg aus der tiefgreifenden Krise finden wollen, in der sich die Welt befindet. Seit dem ersten Treffen dieser Art vor gut viereinhalb Monaten in Washington hatten die Unterhändler der Staaten eine lange Liste von Maßnahmen abzuarbeiten. Nun in London mussten die Chefs die letzten Brocken aus dem Weg räumen auf dem Weg hin zu einer neuen Weltfinanzordnung. Das Ziel: Eine Krise, wie sie die Welt derzeit durchmacht, soll sich nicht wiederholen können. Der Weg: mehr Kontrolle, mehr Regulierung, weniger riskante Zockereien auf dem sensiblen Finanzmarkt. Im Abschlussdokument vom Donnerstag (02.04.2009) finden sich nun deutliche Formulierungen und konkrete Pläne, mit denen man dieses Ziel erreichen will.

Kanzlerin sieht "fast historischen" Gipfel



Zu denen, die auf weitreichende Vereinbarungen gedrängt hatten, gehörte Bundeskanzlerin Angela Merkel. Entsprechend zufrieden äußerte sich die Kanzlerin nach den Beratungen. Sie, sonst eher zurückhaltend, nannte den Gipfel "fast historisch" und "einen Sieg für die globale Zusammenarbeit". Und es sei zudem ein Sieg der Vernunft, "wie sich Dinge, die uns in eine Krise gestürzt haben, so einfach nicht wiederholen werden".

Merkel verwies darüber hinaus auf die großen Schwellenländer wie China und Indien. Diese - obwohl sie selber gar nicht die Bankenkrise verursacht haben - hätten ebenfalls auf einer neuen Finanzordnung bestanden, "weil es natürlich auch für sie eine Absicherung ist, dass bestimmte Dinge in der Zukunft nicht wieder stattfinden".

Hilfe auch für arme Länder

Dabei waren die Staats- und Regierungschefs zu Beginn des Treffens mit zum Teil deutlichen Differenzen in die Verhandlungen gegangen. Merkel und Frankreichs Präsident Sarkozy forderten konkrete Ergebnisse. US-Präsident Obama und Großbritanniens Premier Brown dämpften vorsorglich allzu hohe Erwartungen. Afrikaner und Indonesier mahnten: Vergesst die Armen dieser Welt nicht. Um eben diesen Eindruck zu vermeiden, beschlossen die Gipfelteilnehmer, die gigantische Summe von 1000 Milliarden Dollar zur Ankurbelung des Welthandels und zur Stützung der ärmsten Länder aufzubringen. Damit soll unter anderem der zunehmende Kapitalabfluss aus diesen Ländern gebremst werden.

Jörn Kalinski von der Nichtregierungsorganisation OXFAM sieht in den Ergebnissen des Londoner Gipfels einen "ganz wichtigen Schub auch für die ärmsten Länder." Viel war in den Abschluss-Pressekonferenzen der Staatsführer von einer "neuen Weltordnung" die Rede. "Aber diese neue Weltordnung", so Kalinski, "die muss auch für 192 Länder funktionieren und nicht nur für acht oder für 20."

Riskante Finanzgeschäfte werden reguliert

Harte Zeiten brechen demnächst für Hedgefonds und Rating-Agenturen an. Wenn sie auch nicht die alleinige Ursache für die Krise sind, so sollen sie doch deutlich strenger unter die Lupe genommen werden. Jedes Produkt, von dem eine Gefahr für das Finanzsystem ausgehen kann, soll künftig registriert und unter Aufsicht gestellt werden. Managergehälter sollen sich künftig an langfristigen Zielen und nicht an kurzfristigen Gewinnen orientieren. Hier hat offenbar der Druck von Deutschen und Franzosen bewirkt, dass sich dies in deutlichen Worten in der Abschlusserklärung wiederfindet.



Großansicht des Bildes mit der Bildunterschrift: Äthiopische Demonstranten protestieren am Rande des G20-Gipfels gegen die Regierung ihres Landes

Ungemütlich wird es in Zukunft auch für Steuerparadiese. Wer bestimmte Standards nicht einhält, der findet sich ab sofort auf einer schwarzen Liste wieder. Den deutschen Finanzminister Peer Steinbrück faszinierte vor allem ein Satz in der Abschlusserklärung. Dort steht auf Englisch: "The era of banking secrecy is over" (Die Ära des Bankgeheimnisses ist vorbei). Steinbrück beinahe euphorisch: "Wenn Sie mich vor wenigen Monaten gefragt hätten, ob G20 zu einem solchen Ergebnis kommt, dann hätte ich Sie gefragt, ob sie träumen."

5.000.000.000.000 Dollar

Kein Thema war auf dem Treffen ein möglicher Streit um neue Konjunkturprogramme. Insgesamt 5000 Milliarden Dollar werden für solche und andere Stimulus-Programme bereit gestellt. Dies dürfte nach einer Schätzung des IWF im kommenden Jahr für einen deutlichen Wachstumsschub ausreichen. Dass dies alles nur mit einem ungehinderten, freien Welthandel funktionieren kann: Auch diese Einsicht findet sich am Ende im Abschluss-Dokument von London wieder. Wie es um die Umsetzung der Pläne bestellt ist, dass will man beim nächsten Treffen der G20 überprüfen - im September in New York.

Henrik Böhme z.Zt. London

http://www.handelsblatt.com/_p=0,CkChck=1,refUrl=%252fextApps%252fCommunity%252fforums%252fAddPost.aspx%253fForumID%253d1%2526ReportPostID%253d2497

"Die Finanzindustrie hat sich kollektiv blamiert"

05.04.2009, 17:35 Uhr von [Hermann-Josef Knipper](#) und [Robert Landgraf](#)

Leonhard Fischer war früher Banker und arbeitet heute für einen Finanzinvestor. Im Gespräch mit dem Handelsblatt erklärt er, an welchen Stellen Banker und Politik in der Finanzkrise versagt haben, welche fatalen Folgen die jetzige Schuldenpolitik haben wird und warum eine Rettung von Lehman Brothers die Krise nicht verhindert hätte. [Exklusiv](#)

Interview mit Leonhard Fischer

"Die Finanzindustrie hat sich kollektiv blamiert"

von [Hermann-Josef Knipper](#) und [Robert Landgraf](#)

Leonhard Fischer war früher Banker und arbeitet heute für einen Finanzinvestor. Im Gespräch mit dem Handelsblatt erklärt er, an welchen Stellen Banker und Politiker in der Finanzkrise versagt haben, welche fatalen Folgen die jetzige Schuldenpolitik haben wird und warum eine Rettung von Lehman Brothers die Krise nicht verhindert hätte.

Leonhard Fischer galt über Jahre als Senkrechstarter in der Bankenbranche. Jetzt ist der 46-Jährige Co-Chef des Finanzinvestors RHB International. Quelle: Bloomberg

Herr Fischer, der weltweit mit hohen Erwartungen überfrachtete G20-Gipfel in London ist mit einem umfassenden Maßnahmenbündel zu Ende gegangen. Wie bewerten Sie die Beschlüsse?

Die Beschlüsse im einzelnen stellen sicher keine Überraschung dar. Viel entscheidender war und ist das Signal, dass die Regierungschefs den Umständen entsprechend abgestimmt und geschlossen agieren. Dies Signal ist nicht zu unterschätzen.

Hat der Gipfel die Chance, tatsächlich als „historische Wendemarke“ im Kampf gegen die Weltwirtschaftskrise in die Geschichte einzugehen?

Nein, das glaube ich nicht. Ich glaube auch nicht, daß wir mit Begriffen wie „historische Wendemarke“ weiterkommen.

Ihre Zunft steht aufgrund der Finanzkrise massiv in der Kritik. Kurz vor dem G20-Treffen mahnte etwa Bundespräsident Horst Köhler die Banker, endlich öffentlich Selbstkritik zu üben. Fühlen Sie sich noch wohl in Ihrer Haut?

Ich arbeite zwar seit über zwei Jahren nicht mehr als Banker, aber immer noch in der Finanzindustrie. Damit muss ich konzedieren, dass wir, die in der Finanzindustrie arbeiten, uns kollektiv blamiert haben.

Wie konnte es so weit kommen?

Das werden wir wahrscheinlich erst in einigen Jahren in seiner Gesamtheit verstehen. Aus meiner Sicht gab es hauptsächlich zwei treibende Faktoren: Der erste liegt in der Verantwortung von uns, der Finanzindustrie: Wir haben auf unserem wichtigsten Gebiet, dem Risikomanagement versagt. Und zwar in einem Maße, das nur schwer nachvollziehbar ist.

Warum?

Wir sind einer Risikoillusion erlegen. In den letzten 15 Jahren war es eine weit verbreitete Annahme, die Risiken einer Bankbilanz, eines komplizierten Anlageproduktes geschäfts oder eines Investmentgeschäfts könne man mit derselben Genauigkeit und Prognosewahrscheinlichkeit modellieren wie naturwissenschaftliche Prozesse. Diese Übermathematisierung ist kolossal und katastrophal gescheitert. Es bleibt die Erkenntnis, dass man eine große Bilanz – ich vergleiche das hier mal mit einem Flugzeug – nicht nur mit dem Autopiloten fliegen darf. Man muss auch wirklich etwas vom Fliegen verstehen, um die Grenzen der Belastbarkeit des Flugzeuges zu kennen.

Haben wirklich alle Banker versagt?

Wir haben uns als Branche gesamthaft blamiert, aber natürlich hat nicht jeder Banker versagt. Sie müssen unterscheiden zwischen den Bankern, die geradezu dumm oder ignorant waren, und denjenigen, die zwar vorsichtig waren, aber am Ende eingestehen müssen, dass sie sich dennoch viele Risiken aufgeladen haben. Zwischen beiden Gruppen gibt es fundamentale Unterschiede. Ich glaube, unter den Banken und Investoren hat sich schon sehr klar die Spreu vom Weizen getrennt. Das wird jedoch überdeckt von diesen ganzen Rettungsmaßnahmen, weswegen immer noch viele Institute existieren, die gar nicht mehr existieren sollten.

Sie sprachen von einem zweiten treibenden Faktor...

Ja. Wer wirklich glaubt, dass Banker oder Finanzinvestoren alleine in der Lage gewesen wären, eine Krise dieses gigantischen Ausmaßes zu erzeugen, der überschätzt sowohl die Macht als auch die Fähigkeiten meiner Branche bei weitem. Für mich ist diese Krise auch ein faustischer Pakt gewesen zwischen der Finanzindustrie und der Wirtschaftspolitik. Darum ist auch die Schlussfolgerung fragwürdig, dass der Staat als einziger Retter übrig bleibt.

Was meinen Sie damit?

Damit meine ich zum Beispiel die völlig falsche Geldpolitik der amerikanischen Notenbank Fed, die auf jede Krise der letzten 15 Jahre immer mit dem gleichen Rezept reagiert hat: Große financial player werden in Krisen als „too big to fail“ eingestuft, also müssen alle gerettet werden, und billiges Geld überschwemmt den Markt. Das ist jedes Mal das Gleiche, und die darauf folgenden "Bubbles" wurden immer größer.

An frühzeitigen Warnungen hat es nicht gemangelt.

Stimmt. In vielen Zeitungsartikeln von vor zehn Jahren konnten Sie im Nachgang zur Krise des Hedge-Fonds LTCM lesen, dass die expansive Geldpolitik gefährlich ist, dass sie eine Blase nach der anderen produzieren kann. Das Stichwort damals war Asset Inflation, also eine Blase von Anlageklassen wie Aktien und Immobilien. Das hat die Zentralbank damals nicht interessiert, das war ein Riesenfehler.

Das zweite Beispiel...

... ist die gerade im angelsächsischen Bereich bewusst geförderte Komplettüberschuldung der privaten Haushalte. Der Subprime-Markt ist ja nicht eine Idee der Banker, sondern der amerikanischen Politik, die die Förderung des Wohnungseigentums – koste es, was es wolle – verlangt hatte. Die Banker haben sich im wahrsten Sinne des Wortes ohne Rücksicht auf Verluste darauf gestürzt und den Schaden vergrößert. Aber die ganze Idee ist von zwei staatlichen Institutionen in den USA besonders gefördert worden, Fannie Mae und Freddie Mac. Hinzu kommen die seit 15 Jahren erfolglos diskutierten, aber extrem großen ökonomischen Ungleichgewichte auf der Welt...

...Sie meinen das doppelte Defizit der USA bei Leistungsbilanz und Staatshaushalt?

Seit dem Plaza Agreement von 1985 wurde auf allen G7-Meetings darüber gestritten. Vor allem Deutsche und Japaner äußerten immer wieder Kritik an den amerikanischen Defiziten, völlig zu Recht natürlich. Umgekehrt wurden wir von den USA immer wieder aufgefordert, die Binnennachfrage zu stärken und die hohe Exportabhängigkeit zu reduzieren, auch das war richtig. An diesem Hin und Her und dem Aneinandervorbeireden hat sich bis heute leider nichts geändert, und nichts ist passiert. Auch nicht beim Gipfel in London. Keine der beiden Seiten hat die Probleme gelöst. Die heutige Weltwirtschaftskrise ist die Quittung für das Nichtstun.

Das klingt düster...

Es handelt sich um eine strukturelle Krise der Globalisierung, und die Krise wird deshalb auch sehr viel nachhaltiger und tiefgreifender sein als viele denken, und sie wird noch lange andauern. Die Lösung erfordert ein hohes Maß an selbstkritischer Veränderungsbereitschaft bei allen.

Wo stehen wir denn gerade in der Krise, die ja schon fast zwei Jahre alt ist?

Noch befinden wir uns im taktischen Teil. Zurzeit sind wir mitten im bloßen Krisenmanagement. Keiner hat die Zeit, sich Gedanken darüber zu machen, was wir nun wirklich strukturell verändern müssten, sondern es geht im Moment hauptsächlich darum, noch Schlimmeres zu verhindern.

Die Bankenrettungspakete scheinen den Markt immerhin stabilisiert zu haben.

Die Entscheidung der westlichen Regierungen, keine systemrelevante Bank pleite gehen zu lassen, kann ich gut verstehen. Ich wundere mich nur darüber, dass dieser Beschluss überhaupt nicht weiter diskutiert und von niemandem ernsthaft in Frage gestellt wird. Das macht mir große Sorge. Man muss doch sehen, dass sich eine völlig neue Machtkonstellation ergibt. Derjenige, der Staatsgeld bekommt, muss natürlich akzeptieren, dass seine Freiheitsgrade massiv eingeschränkt werden. Wozu das alles führen wird, können wir heute noch gar nicht abschätzen. Dem privaten Recht auf Gewinne steht auch die Pflicht zur Akzeptanz von privaten Verlusten gegenüber.

Trübe Aussichten...

Ich bin eigentlich eher Optimist, und nicht alles ist traurig an dieser Krise. Ökonomisch bedeutsam und sehr positiv ist die Tatsache zu bewerten, dass es bisher keine Anzeichen einer massiven Verwerfung der großen Wirtschaftsnationen untereinander gibt, also Abschottungstendenzen oder Ähnliches. Das Signal von London ist sehr positiv: Die internationale Abstimmung der Politik klappt in meinen Augen trotz gewisser politischer Theatralik überraschend und bewundernswert gut. Das gibt sehr viel Anlass zu der Hoffnung, dass die Weltwirtschaft am Ende gestärkt aus dieser Krise herauskommen kann.

Die Pleite von Lehman-Brothers wird immer wieder als Grund dafür genannt, warum sich die Krise so dramatisch zugespitzt hat. War es wirklich ein Fehler, Lehman fallen zu lassen?

Meine dezidierte Meinung ist: Nein, es war überhaupt kein Fehler. Gerade wir in der Finanzindustrie sollten sehr vorsichtig sein, die Welt vor Lehman und die Welt nach Lehman zu betrachten. Wer das sagt, tut ja gerade so, als ob vor Lehman die Rosen geblüht hätten. Das ist natürlich grober Unfug.

Was war denn in Ihren Augen der größte Brandbeschleuniger?

Die eigentliche Zäsur nach Ausbruch der Subprime Krise war für mich der Untergang von Bear Stearns. Zum ersten Mal ging damit eine relativ große amerikanische Investmentbank sang- und klanglos innerhalb von zwei Wochen durch einen so genannten Liquidity-Run in die Knie. Damals hat sich die US-Regierung entschlossen, Bear Stearns aufzufangen. Nicht der Name wurde gerettet, aber die Bilanz. Von da an hat der Markt sechs Monate lang nichts anderes gemacht als alle Banken abzutesten, um den nächsten Fall Bear Stearns zu suchen.

Lehman tauchte dann ab Mai regelmäßig in den Zeitungen auf...

Richtig, fast täglich gab es Berichte über den Überlebenskampf von Lehman. Unterstellen wir mal, die amerikanische Regierung hätte Lehman genauso aufgefangen wie Bear Stearns, dann wäre nach meiner Überzeugung die nächste Attacke auf jemand anderen losgegangen. Vielleicht auf Merrill Lynch, die wären auch gerettet worden, dann wären die nächsten Banken gerettet worden. Und so weiter. Am Ende, selbst wenn alles so weitergegangen wäre wie jetzt, wäre eine Bank nach der anderen angegriffen und vom Staat gerettet worden. Bis zu dem Zeitpunkt, an dem irgendjemand gesagt hätte, jetzt reicht's. Wenn man damals Lehman nicht hätte pleite gehen lassen, wäre die Gefahr gewesen, dass man einige Monate später vielleicht eine viel, viel größere Bank hätte pleite gehen lassen müssen.

Viele Beobachter dachten unmittelbar vor der Lehman-Pleite, das Schlimmste sei bereits überstanden

Wir haben uns alle irgendwann im Lauf der Krise über Ausmaß und Umfang geirrt. Einige Leute allerdings, die behaupten, es sei ein Fehler gewesen, Lehman nicht zu retten, unterstellen, dass im Falle einer Rettung die Krise weg gewesen wäre. Das ist Unsinn, denn diese Krise ist keine psychologische Krise. Im Gegenteil, die Psychologie ist das einzige, was hier funktioniert. Das Vertrauen der Menschen in ihre Institutionen ist heute so groß, dass ich immer wieder beeindruckt bin, mit welcher Disziplin die politischen Prozesse, die ökonomischen Prozesse und auch die ganzen Interaktionen noch funktionieren. Von totaler Panik ist selbst in den absoluten Krisenzeiten im Oktober und November 2008 in der Breite der Gesellschaften nicht so viel zu spüren gewesen.

Für viele ist es primär eine Liquiditätskrise.

Nein, das ist der nächste Unfug. Noch niemals in der jüngeren Wirtschaftsgeschichte hatte bereits vor Lehman die Zentralbank die Tore so weit geöffnet, um Geld ins System zu pumpen. Diese Krise ist auch nicht prioritär eine Vertrauenskrise zwischen Banken, wie viele glauben. Diese Krise ist die brutale Erkenntnis, dass der Kaiser keine Kleider trägt. Oder anders ausgedrückt, dass einige der westlichen Volkswirtschaften völlig überschuldet sind.

Die Lehman-Pleite war also unvermeidlich?

Ich weiß, dass ich damit eine Minderheitsmeinung vertrete, aber ich glaube, dass Lehman heute von vielen einfach nur als Ausrede benutzt wird, um davon abzulenken, dass man vielleicht die Krise unterschätzt hat. Ich bin froh, dass die Lehman-Pleite so gekommen ist. Weil sie dazu geführt hat, dass wir gezwungen wurden, das Ausmaß und den Umfang dieser Krise anzuerkennen und Gegenmaßnahmen einzuleiten.

Wie soll es nun weitergehen?

Auf diesem Gebiet bin ich genauso unwissend und tastend wie jeder andere auch. So etwas habe ich noch nicht erlebt. Das Gerede vom Ende des Kapitalismus oder der Marktwirtschaft kann ich allerdings nicht mehr hören. Das ist deshalb falsch, weil die gesamte Entwicklung des Kapitalismus immer von ökonomischen Krisen begleitet wurde. Die gehören dazu. Das ist in etwa so, wie der Mensch durch Krankheit und hohes Fieber sein Immunsystem erst aufbaut. Wer keine Krisen haben will, der träumt vom Paradies auf Erden – und macht es am Ende noch viel schlimmer.

Umfragen belegen, dass das Misstrauen gegenüber der Marktwirtschaft wächst...

Eine Krise der Marktwirtschaft sehe ich nicht, allenfalls eine Krise der Ideologie des Marktes. Die hat versagt. Ich bin sehr dankbar dafür, dass diese unsägliche Diskussion der letzten zehn Jahre zu Ende ist, die so tat, als könne man alles und jedes ökonomisch erklären, bis hin zum zwischenmenschlichen Verhalten. Die Reduktion des Menschen zum Homo oeconomicus, der sozusagen nur nach

Nutzenoptimierung agiert, ist für mich eine der unverschämtesten ideologischen Behauptungen. Trotz allem ist die Marktwirtschaft das weitaus bessere Instrument, um unser wirtschaftliches Zusammenleben zu organisieren, da gibt es nichts dran zu rütteln.

Im Moment ruft aber alle Welt nach dem Staat.

Staatsinterventionismus muss auf ein Minimum begrenzt bleiben. Andernfalls müssten wir mit einer Verlängerung des wirtschaftlichen Stillstands um Jahre rechnen. Das klassische Beispiel ist Japan. Die fummeln seit 17 Jahren mit staatlichen Rettungsmaßnahmen in einer nicht mehr wachsenden Wirtschaft herum. Ohne erkennbaren Erfolg. Der Wohlstand, den die Marktwirtschaft schafft, ist verbunden mit dem Preis ständiger Veränderung. Ausufernder Staatsinterventionismus, der uns vorgaukelt, er könnte uns von Krisen verschonen, werden wir am Ende mit einem hohen Preis bezahlen.

An der Münchener Immobilienbank Hypo Real Estate sieht man, dass manchmal offenbar kein Weg am Staat vorbei führt. Die HRE hat inzwischen Staatsgarantien über mehr als 100 Mrd. Euro, jetzt steht die Verstaatlichung bevor. Was halten Sie von der drohenden Enteignung?

Ich verstehe die Bundesregierung sehr gut. Die macht das Richtige, auch ordnungspolitisch. Man kann ja darüber diskutieren, ob der Staat Banken retten soll, aber wenn man sich einmal dafür entschieden hat, dann hat man auch das Recht zur Verstaatlichung. Das hat aus meiner Sicht mit Enteignung nichts zu tun. Die Aktien sind in Wahrheit längst wertlos.

Die Banken werden mit Staatsgeld überhäuft, aber von einem weiteren Konjunkturprogramm will die Bundesregierung nichts wissen. Ist das in Ordnung?

Wir dürfen nicht vergessen, dass die Krise letztlich dadurch entstanden ist, dass in den USA und vielen anderen Ländern zu viele Bürger zu viel Schulden gemacht hat, um sich Dinge zu kaufen, die sie sich nicht leisten können und die sie wahrscheinlich auch nicht brauchen. Man kann die Krise jetzt nicht überwinden, indem man die Menschen in anderen Teilen der Welt animiert, noch mehr Schulden zu machen, um sich wieder Dinge zu kaufen, die keiner will oder braucht und die man sich oft nicht leisten kann. Das natürliche Ende der fiskalpolitischen Maßnahmen ist irgendwann erreicht und wenn man über diesen Punkt hinaus geht, bringt es auch ökonomisch nichts mehr. Zu glauben, wir sollten jetzt 10 000 Brücken bauen, die wir nicht brauchen, halte ich für Unsinn. Gerade in den westlichen Ländern müssen wir einsehen, dass wir schlicht über unsere Verhältnisse gelebt haben. Da müssen wir jetzt durch.

Leonhard Fischer, der Stehauf-Banker:

Karriere mit Höhen und Tiefen

Leonhard H. Fischer, besser bekannt unter dem Spitznamen Lenny Fischer, galt schon in jungen Jahren als einer der erfolgreichsten Bankmanager in Deutschland. Jetzt ist der 46-Jährige Co-Chef des Finanzinvestors RHJ International, einem Ableger der Beteiligungsgesellschaft Ripplewood. Seine Karriere begann der studierte Betriebswirt als Trainee bei der US-Investmentbank JP Morgan. Binnen sieben Jahren stieg er bis in die deutsche Geschäftsleitung auf. 1995 wechselte der gebürtige Emsländer zur Dresdner Bank. Als jüngster Vorstand der Republik zog er schnell in den Vorstand der Bank ein. Allerdings wurde Fischer im Jahr 2002 nach der Übernahme der Dresdner durch die Allianz wieder aus dem Vorstand gedrängt. Da war er gerade einmal 39 Jahre alt. Ein Richtungsstreit um die Zukunft der Investmentbanksparte Dresdner Kleinwort war einer der Gründe.

Schnelles Comeback

Doch Fischer gelang das Comeback. „Man muss ein Stehaufmännchen sein“, hat er einmal in einem Interview gesagt. Und wenige Monate später stand er an der Spitze des Versicherers Winterthur, den

er für dessen Mutter, die Großbank Credit Suisse, sanieren und verkaufen sollte. Das Projekt gelingt und Fischer wäre der Kandidat für die Nachfolge Oswald Grübels bei der Credit Suisse gewesen. Doch statt ihm bekommt der Amerikaner Brady Dougan den Chefposten. Wieder endete eine Karriere abrupt. Fischer verließ den Konzern und ging 2007 zum Finanzinvestor RHJ .

Streit um Commerzbank eskaliert

05.04.2009, 16:51 Uhr von [Ruth Berschens](#), [Sven Afhüppe](#) und [Hans G. Nagl](#)

Die staatlichen Beihilfen für die Commerzbank entwickeln sich zum Dauer-Zankapfel zwischen Berlin und Brüssel. Bundesfinanzminister Steinbrück wirft EU-Wettbewerbskommissarin Neelie Kroes vor, Deutschlands zweitgrößte Bank mit ihrem Zögern in den Ruin zu treiben. Ein informelles Gespräch in Prag brachte am Wochenende keine Annäherung. [Exklusiv](#)

<http://www.mmnews.de/index.php/200904012648/MM-News/Obama-Dollar-Illusion.html>

Aralya (PVT) Ltd.
216 De Saram Place
Colombo 10
Sri Lanka

Nachrichten: MMnews () pre.slt.net.lk
Direktkontakt: --->[Kontakt](#)
Telefon +94 712136303

Inhaltlich Verantwortlicher gemäß §6 MDSStV:
Walter Webler

Chefredakteur
Michael Mross --->[Kontakt](#)

Vermarktung, Werbung, sonstige Inhalte:
dexweb GmbH i.G.
Niederlassung Berlin
Unter den Linden 21
D - 10117 Berlin

Werbeanfragen: --->[Kontakt](#)

Obama: Dollar Illusion!

Von Michael Mross

Mittwoch, 1. April 2009

In einem Aufsehen erregenden Interview mit dem US-Fernsehsender FOX-News gibt Präsident Barack Obama einen tiefgründigen Einblick ins Geldsystem: "Der Dollar ist nur eine Illusion" - eigentlich sei die US-Währung wertlos.

In der Sendung "60 Minutes" sollte der US-Präsident Rede und Antwort stehen zu den Ursachen der Finanzkrise und möglichen Lösungsmöglichkeiten. Doch die Journalistenrunde staunte nicht schlecht, als ihnen Obama mitteilte, dass die Krise tieferliegende Ursachen hätte, als manch einer annehmen würde.

Wörtlich führte Obama aus, dass die Subprime-Krise eigentlich kein amerikanisch-spezifisches Problem sei, sondern ein Problem des Geldsystems. Dieses beruhe darauf, dass durch Zinseszinsseffekte immer mehr Schulden entstünden und infolge dessen immer mehr Schuldner gesucht werden müssten. Die logische Konsequenz sei deshalb, dass auch kreditunwürdigen Personen riesige Dollarbeträge ausgeliehen wurden. Wörtlich sagte Obama: "Unser Geld ist eine Illusion".

Wie das denn zu verstehen sei, hakte die Journalistenrunde darauf hin nach. Obama blieb die Antwort nicht schuldig: "Geld ist nichts anderes als Schulden. Das Geld, das sie in der Tasche haben, sind die Schulden eines anderen. Geld entsteht nur durch Schulden. Und dies sei genau das Problem, das wir gerade haben".

Ein Chefvolkswirt in der Fragerunde wendete ein, ob dies denn nun bedeuten würde, dass die Rückzahlung von Schulden auch Geld vernichten würde. Obama sagte, dass dies so sei.

Die Rückzahlung von Schulden vernichte Geld. Das sei auch der Grund, warum sich der Dollar verknappen würde und deshalb gegen andere Währung im Wert steige: "Im Dollar gibt es die meisten Kredite. Werden diese auch nur zum Teil beglichen, wird Geld vernichtet und der Dollar knapp und teuer". Dies sei der einzige Grund, warum der Greenback gegen andere Währungen steige, denn eigentlich sei man an einem schwachen Dollar interessiert.

Aber das Grundproblem sehe er darin, dass das Geldsystem auf immer höhere Schuldenstände angewiesen sei. Schulden aber könne man nicht unbegrenzt machen. "Deshalb sind wir ja jetzt so tief im Schlamassel" - so der US-Präsident wörtlich.

"Soll das also heißen, dass es Geld in seiner reinen Form gar nicht gebe?" - wollte ein Journalist wissen. Obama nickte und meinte, dass es genau so sei. Und weil jetzt alle bis zum Maximum verschuldet seien, wäre das Geld in der Tasche praktisch wertlos und deshalb hätte man jetzt ein großes Problem. Dies sei allerdings nicht nur ein Dollar-spezifisches Problem, sondern ein Problem aller Währungen.

Ein anderer Journalist wollte wissen, wie es denn um die FED bestellt sei, die gerade über 1 Billion Dollar ausleiht. Darauf gab Obama wohl eines der bestgehüteten Geheimnisse preis: Die FED hätte gar kein Geld. Sie schafft es aus dem Nichts - per Knopfdruck. Wie ein Zauberer.

Obama gab zu, dass er vorher mit dem Zentralbankchef Bernanke über dieses Problem gesprochen habe. Dieser habe ihm geraten, die Fakten lieber nicht an die Öffentlichkeit zu bringen. Doch er, Obama, stehe schließlich für den Wechsel (Change) und das würde eben auch ein Paradigmenwechsel beim Geld bedeuten.

Darauf entgegnete ein Reporter empört: "Wollen Sie damit sagen, dass die FED Geld aus dem Nichts schafft - während andere schwer dafür arbeiten müssen?"

"Genau so ist es" antwortete Obama. Aber er würde sich dafür einsetzen, dass es in Zukunft auch im Geldsystem ehrlicher zugehen würde. Es könne nicht angehen, dass Banken oder die Zentralbank Geld aus dem Nichts schafften während andere schwer dafür arbeiten müssten.

Der US-Präsident machte sich ausdrücklich stark für ein neuartiges Geldsystem, gab aber zu bedenken, dass dies eine ausserordentlich schwierige Angelegenheit sei. Der letzte Präsident, der dies versucht hätte, bezahlte dies mit seinem Leben. Obama: "Ich will nicht so enden wie Kennedy. Ich will wirklich etwas verändern. Wir müssen das System ändern. Yes, we can!"

Welche Maßnahmen im Einzelnen geplant seien, darüber ließ Obama die Expertenrunde im Dunkeln. Er riet den Journalisten jedoch, beim nächsten Mal den Fed-Chef Bernanke einzuladen. Dieser würde sich noch besser hinsichtlich der Tücken des Geldsystems auskennen. Er sei jetzt schon gespannt, welche Lösung Bernanke vorschlagen werde.